Martina Munz, Nationalrätin, 11.8.2018, eSPress

Klimaschutz statt Symptombekämpfung

Die Trockenheit hat für die Landwirtschaft finanzielle Folgen. Der Bundesrat hat bereits Massnahmen getroffen um die finanziellen Folgen zu lindern. Das ist gut. Doch bei Symptombekämpfung darf es nicht bleiben. Die Hitzeperioden sind keine Launen der Natur, sie sind auf unseren verschwenderischen und rücksichtslosen Lebenswandel zurückzuführen. Wer Entschädigungen vom Staat fordert und sie auch dankbar entgegennimmt, muss jetzt in die Pflicht genommen werden. Die starke Landwirtschaftslobby im Parlament muss jetzt mithelfen griffige Massnahmen zum Klimaschutz umzusetzen.

Die warmen Sommerabende werden in unseren Breitengraden ausgekostet. Auf den Strassen herrscht fröhliches Treiben und auf dem Wasser reiht sich Gummiboot an Gummiboot. Schon im Juni wurden wir mit Sonne reich beschenkt. So musste man dieses Jahr nicht in die Ferne reisen, um den Sommer zu geniessen: Die Zuhausegebliebenen freuten sich, als mit den Ferien auch die Schönwetterperiode anhielt. Doch die Freude ist längst der Besorgnis gewichen. Backofentemperaturen heizen Luft und Boden auf und mittlerweile leidet das ganze Land unter Dürre und Gluthitze. Abkühlung ist nur in den Bergen und im Wasser möglich. Doch auch die Gewässer bergen Gefahren. Vor allem für die Fische sind die Temperaturen zu hoch. Mit Spitzen von 27 Grad fehlt es ihnen an nötigem Sauerstoff, zu Tausenden werden sie tot aus dem Wasser gezogen. Die Meldungen über das Massensterben im Rhein gingen in den letzten Wochen um die Welt. Die Bevölkerung zeigt sich betroffen, aber sobald nach den Ursachen gefragt wird und das Thema Klimawandel aufs Tapet kommt, zucken viele mit den Schultern. Ein ähnliches Bild zeichnet sich in der Landwirtschaft ab: Ernteausfälle sind so gut, wie sicher, den Tieren geht das Futter aus und Notschlachtungen sind an der Tagesordnung. Obwohl die Hitzeperiode abgeklungen ist, bleibt die Trockenheit bestehen. Die Prognosen für ganz Europa sagen Dürre bis Mitte September voraus. Je trockener die Böden werden, desto heisser wird die Luft und desto stabiler die Wetterlage. Ein Teufelskreis. Den Jahrhundertsommer 2003 wurde als die schlimmste Naturkatastrophe der europäischen Geschichte bezeichnet. Doch das Jahr 2018 hat mit extremer Regenarmut und Rekordwärme den Rekord von 2003 bereits übertroffen. Die Klimaforschung warnt, bereits 2050 könnte jeder zweite Sommer ein solcher Hitzesommer sein. Als Folge werden Extremereignissen wie Dürre, Starkregen, Murgänge, Überschwemmungen und Hagelschläge zunehmen. Das Klima quittiert unsere uneinsichtige Lebensweise! Dieser Sommer muss zum Umdenken führen, auch bei den Bauern! Die Landwirtschaft fordert dieses Jahr verständlicherweise Entschädigungszahlungen. Doch bei der blossen Symptombekämpfung darf es nicht bleiben. Das müssen auch Parteien wie die SVP und die starke Landwirtschaftslobby einsehen und handeln. Sie haben sich bis jetzt grossmehrheitlich gegen Massnahmen für den Klimaschutz gesträubt und die Energiestrategie 2050 bekämpft. Diese Haltung ist kontraproduktiv und schadet allen. Ob sich etwas ändert, wird sich bald zeigen: Die Umweltkommission des Nationalrats berät Ende August das CO2-Gesetz. Dort heisst es, Verantwortung übernehmen und am gleichen Strick ziehen, Vorschläge gibt es genug. Auch die „kleine" Schweiz ist gefordert ihren Beitrag zu leisten. Mit dem Finanzsektor hätten wir sogar weltweit eine der grössten Hebelwirkung. Aber auch der Strassenverkehr wird heute noch zu sehr geschont, ebenso wie der Flugverkehr, der keine systematischen CO2-Kompensationen leisten muss. Parteien und Organisationen, die heute nach Klimaentschädigungen rufen, müssen endlich griffige Massnahmen unterstützen. Die Frage ist nicht, ob die Wirtschaft Massnahmen für das Klima verkraftet. Die Frage ist, ob wir uns das Nichtstun weiterhin noch leisten können.